

POLITISCHE BETRACHTUNG

Entschieden gegen politisch motivierte Straftaten vorgehen: Freiheit braucht Sicherheit!

Spätestens nach der wahnsinnigen Tat von Magdeburg müssen wir uns fragen, in was für einem Land wir leben wollen. Angst ist in der Lage, uns die Freiheit zu rauben. Wir verurteilen die schreckliche Tat von Magdeburg auf unschuldige Besucher des Weihnachtsmarktes.

GdP Hamburg

Unsere Gedanken sind mit den Angehörigen der Opfer und allen Verletzten. Die schlimme Tat von Magdeburg zeigt, dass wir entschieden gegen politisch motivierte Straftaten vorgehen müssen. Dazu müssen alle rechtsstaatlichen Mittel konsequent genutzt werden. Insbesondere müssen die Ermittlungsmöglichkeiten im Netz ausgebaut werden.

Unsere Gesellschaft ist so stark wie das Fundament, auf dem sie steht

Freiheit bedeutet, sagen zu können, was man denkt, diskutieren zu können und unbeschwert unseren auf der freiheitlichen demokratischen Grundordnung fußenden Lebensstil leben zu können. Dazu gehören auch Besuche von Volksfesten – ohne Angst.

Freiheit benötigt Sicherheit. Meine Kolleginnen und Kollegen sind bereit, sich für die Sicherheit in unserem Land aufzuopfern und garantieren damit Tag für Tag Freiheit.

Die Sicherheit ist dabei Grundlage für alles, was in unserem freien Land wichtig ist: Zusammenhalten und Zusammenleben. Wirtschaft und Gemeinschaft.

Unsere Gesellschaft ist so stark wie das Fundament, auf dem sie steht. Wir müssen

dieses Fundament stützen und in Teilen sanieren. Wir brauchen Technologien, die Risiken früh erkennen. Gesetze, die den Einsatz von KI ermöglichen und die biometrische Gesichtserkennung möglich macht. Die Polizei muss Internetdaten, die auch in der Vergangenheit liegen und bereits von privaten Unternehmen gespeichert wurden, auswerten dürfen.

Sicherheit beginnt mit Prävention – nicht mit Reaktion

Es geht darum, personell so ausgestattet zu sein, um Community Policing flächendeckend durchführen zu können.

„Psychisch auffällige Gefährder zu erkennen, von denen eine reale Gefahr ausgeht, ist eine äußerst komplexe polizeiliche Aufgabe, die niemals lückenlos sein kann. Das alles kostet Geld. Aber Freiheit braucht Sicherheit und das sollte uns jede Investition Wert sein.“

Es geht um zeitgemäße und weiterentwickelte Ausstattung, um auf aktuelle Entwicklungen reagieren zu können. Eine KI-basierte Beobachtung der sozialen Medien im Hinblick auf gewaltbereite und extre-



Lars Osburg, stellv. Landesvorsitzender GdP Hamburg

mistische Äußerungen darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass jeden Tag Tausende Menschen im Internet eben jene verdächtigen Äußerungen abgeben. Psychisch auffällige Gefährder zu erkennen, von denen eine reale Gefahr ausgeht, ist eine äußerst komplexe polizeiliche Aufgabe, die niemals lückenlos sein kann. Das alles kostet Geld. Aber Freiheit braucht Sicherheit und das sollte uns jede Investition Wert sein. Es braucht Investitionen in die innere Sicher-

heit. Wir dürfen die Diskussion nicht den Populisten mit einfachen Lösungen überlassen.

Unsere Kolleginnen und Kollegen werden ihren Beitrag leisten. Gehen wir gemeinsam an den Start! ■



EINSATZ AN SILVESTER

Silvester 2024: spürbare Konsequenzen gefordert!

Gewaltverherrlichende Videos im Netz, die Ablehnung des Rechtsstaates, die Ablehnung der Polizei und der Rettungskräfte als Repräsentanten des Staates sind aus meiner Sicht die Gründe für die erneuten Ausschreitungen in der Silvesternacht. Es gibt Gruppen, die wir durch Appellieren nicht mehr erreichen, dort muss es endlich spürbare Konsequenzen geben.

GdP Hamburg

In Hamburg war der Jahreswechsel ruhiger, was aus Sicht der GdP an der klaren polizeilichen Linie, dem konsequenten Einsatz und der eingesetzten Technik lag“, sagt Lars Osburg, GdP-Vize in Hamburg.

Der massive Einsatz von Polizeikräften und der Einsatz von Technik haben sich in Hamburg bewährt.

Auch in Hamburg hat es wieder Vorfälle in Ansammlungen gegeben, zum Teil mit Verletzten. So gab es auch den Beschuss auf Einsatzkräfte mit Pyrotechnik.

„Gewalt wird als cool betrachtet und die Polizei ist Feindbild. Zu diesem Feindbild trägt auch eine schiefgelaufene Debatte über ‚Rassismus in der Polizei‘ bei, die meine Kolleginnen und Kollegen für viele Jugendliche als ‚legitime Angriffsziele‘ erscheinen lassen“, so Lars Osburg. Und weiter: „Die Jugendlichen müssen vor allem in den sozialen Medien, in den Schulen und in Integrationskursen erreicht werden. Es muss unmissverständlich klargemacht werden, dass solch ein Verhalten nicht akzeptabel ist. Es muss klar werden, dass Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte ‚harte Konsequenzen‘ nach sich ziehen.“

Jugendliche und junge Männer müssen sich bewusst machen, dass sie mit ihrem



Foto: stock.adobe.com/ohnstoecker

Verhalten die Spaltung der Gesellschaft befeuern.“

Lars Osburg: „Für die Polizei Hamburg war es eine immense Aufgabe, die Sicherheit in Hamburg auch in dieser Silvesternacht zu gewährleisten. Die Konzepte der Polizei Hamburg haben offensichtlich gegriffen und dafür gesorgt, dass es in Hamburg deutlich ruhiger blieb als in anderen Städten in Deutschland. In Hamburg hat es sich bewährt, Drohnen, Technik und Beleuchtung taktisch klug einzusetzen und bei Ordnungsstörungen niedrigschwellig und konsequent einzuschreiten. Die Hamburger Linie war sehr kräftezehrend, aber erfolgreich.“

Klare Forderungen nach mehr Justiz und einsatztaktischen Mitteln

Es muss nun darum gehen, die Erkenntnisse auszuwerten und weitere Lösungen für die kommenden Jahre zu entwickeln, bei denen der Mensch im Mittelpunkt steht. Ziel muss es sein, solche Einsätze an Silvester, aber auch den Alltag von Polizistinnen und Polizisten sicherer und einfacher zu gestalten.

Gewalt gegen Polizei und Feuerwehr ist ein gesamtgesellschaftliches Problem.

Die Aggression, besonders von jungen Männern, richtet sich gegen die Repräsentanten und Repräsentantinnen des Staates. Da spielt auch das Thema Migration mit rein. Aber es zeigen verschiedene Gruppen ein hohes Gewaltpotenzial. Mit unseren Feststellungen verbinden wir einen klaren Appell an die Justiz, endlich vom Strafrahen Gebrauch zu machen.

Nach der vergleichsweise ruhigen, aber für die Polizei arbeitsreichen Silvesternacht in Hamburg fordert die Gewerkschaft der Polizei (GdP), künftig den Einsatz von Lichttechnik, von taktischen Kameras und den Einsatz von Drohnen weiter auszubauen. Diese technischen Mittel zusammen mit der klaren Einsatzstrategie haben in Hamburg zum Erfolg geführt. ■



**Polizeisozialwerk
Hamburg GmbH**

ZEIT FÜR URLAUB !

**bis zu 3% Rückvergütung auf
Pauschalreisen und Kreuzfahrten**

Pauschalreisen, Kreuzfahrten &
Individualreisen.

Wir sind Montag bis Freitag von 9-14 Uhr
erreichbar.

Neben den vergünstigten Reisen findet ihr
auch viele exklusive Angebote unserer
Kooperationspartner auf unserer Homepage

www.psw-hamburg.de

Unsere Kontaktdaten:

Hindenburgstraße 49

22297 Hamburg

Tel. 040-280896-22 /-23

Email: psw-reisen-hamburg@gdp.de





WAHLEN ZUR HAMBURGISCHEN BÜRGERSCHAFT

Positionen der demokratischen Parteien zur Bürgerschaftswahl 2025

Die Hamburger Parteien haben unterschiedliche Positionen zur inneren Sicherheit und zur Polizei. Bereits im Herbst vergangenen Jahres haben wir um Stellungnahmen der Parteien gebeten. Aufgrund der zwischenzeitlichen Notwendigkeit, die Wahlen zum Bundestag ebenfalls durchzuführen, fehlte grundsätzlich die Zeit, dezidiert auf unsere Fragen zu antworten. Daher haben wir entsprechende Recherchen in den jeweiligen Wahlprogrammen und veröffentlichten Positionen durchgeführt. BSW und AfD wurden aus unterschiedlichen Gründen nach Diskussion im geschäftsführenden Landesvorstand nicht berücksichtigt, es steht jedoch jeder und jedem frei, sich entsprechend zu informieren, in welche Richtung deren Politik gehen soll.

GdP Hamburg

Wie sieht es grundsätzlich mit der inneren Sicherheit aus?

Die SPD setzt sich für eine Stärkung der Polizeipräsenz in der Stadt ein und unterstützt Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung. Sie setzt sich auch für eine bessere Ausstattung der Polizei und eine enge Zusammenarbeit mit anderen Sicherheitsbehörden ein.

Die CDU fordert eine Null-Toleranz-Politik gegenüber Kriminalität und setzt sich für eine konsequente Verfolgung von Straftätern ein. Sie fordert außerdem eine bessere Ausstattung der Polizei. Die Hamburger Parteien haben unterschiedliche Positionen zur inneren Sicherheit. Hier sind einige Beispiele:

Die Grünen setzen sich für eine ganzheitliche Sicherheitspolitik ein, die neben der Bekämpfung von Kriminalität auch präventive Maßnahmen umfasst. Sie fordern eine Stärkung der sozialen Arbeit und der Jugendarbeit, um Kriminalität vorzubeugen.

Die FDP setzt sich für eine Stärkung der Polizei und eine bessere Ausstattung der Sicherheitsbehörden ein. Sie fordert außerdem eine bessere Zusammenarbeit zwischen Polizei, Justiz und anderen Sicherheitsbehörden.

Die Linke setzt sich für eine Stärkung der sozialen Arbeit und der Präventionsmaßnahmen ein, um Kriminalität vorzubeugen. Sie fordert außerdem eine bessere Ausstattung der Polizei und eine stärkere Kontrolle von Sicherheitsbehörden.

Konkret: Wie soll es im Bereich der Hamburger Polizei weitergehen?

Die SPD Hamburg legt in ihrem Regierungsprogramm für die Bürgerschaftswahl 2025 besonderen Wert auf die Stärkung der Polizei und die Verbesserung der öffentlichen Sicherheit. Ein zentrales Vorhaben ist die Schaffung von 500 zusätzlichen Polizeistellen, um den gestiegenen Anforderungen in der Verbrechensbekämpfung gerecht zu werden.

Zudem plant die SPD, die Nachwuchsgewinnung und Ausbildung bei der Polizei zu intensivieren. Dazu gehören eine neue Marketingkampagne zur Erhöhung der Bewerberzahlen sowie die Integration digitaler Technologien in die Ausbildung, beispielsweise durch die Bereitstellung von Tablets für Schulungszwecke.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Modernisierung der Ausrüstung und Infrastruktur der Polizei, um deren Einsatzfähigkeit zu optimieren. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass die Polizei den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen effektiv begegnen kann.

Mit diesen Initiativen unterstreicht die SPD Hamburg ihr Engagement für eine sichere Stadt und die Unterstützung der Polizeikräfte.

Die Hamburger Grünen setzen in ihrem Programm für die Bürgerschaftswahl 2025 auf eine evidenzbasierte und präventive Sicherheitspolitik, die den Menschen und seine Grundrechte in den Mittelpunkt stellt.

Personalausstattung und Ausbildung:

Die Grünen betonen die Bedeutung einer gut ausgestatteten Polizei und haben bereits die Zahl der Ausbildungsplätze auf 500 erhöht. Sie planen, diesen Weg fortzusetzen und die Polizei von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, um die Einsatzkräfte effizienter einzusetzen.

Zudem setzen sie sich für eine Reform der polizeilichen Aus- und Fortbildung ein, mit



Fokus auf Bürger*innen- und Menschenrechtsbildung sowie der Bekämpfung von Rassismus innerhalb der Polizei. Die Vielfalt der Gesellschaft soll sich in der Polizei widerspiegeln.

Prävention und gesellschaftliche Ansätze:

Die Grünen legen Wert auf Präventionsarbeit und betonen, dass Sozialarbeit, Suchtberatung und Bildung häufig mehr zur Sicherheit beitragen als eine reine „Law-and-Order-Politik“. Sie setzen auf clevere und differenzierte Antworten, die nicht allein von der Polizei kommen dürfen.

Ein Beispiel ist die geplante Entkriminalisierung des Cannabiskonsums, um der gesellschaftlichen Realität gerecht zu werden und den Fokus der Polizei auf die Bekämpfung harter Drogenkriminalität zu lenken.

Technische Ausstattung und Digitalisierung:

Die Grünen streben an, die Polizei mit moderner technischer Ausrüstung zu versehen und den Einsatz digitaler Technik zu fördern, um die Arbeit der Sicherheitskräfte zu unterstützen und effizienter zu gestalten.

Insgesamt verfolgen die Grünen eine Sicherheitspolitik, die auf Prävention, Vielfalt und evidenzbasierte Maßnahmen setzt, um den aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in Hamburg gerecht zu werden.

Die CDU Hamburg legt in ihrem Wahlprogramm zur Bürgerschaftswahl 2025 einen starken Fokus auf die innere Sicherheit und die Stärkung der Polizei.

Stärkung der Polizeipräsenz:

Die CDU plant, die Zahl der Polizeibeamten zu erhöhen, um eine stärkere uniformierte Präsenz auf den Straßen sicherzustellen. Dies soll nicht nur in der Innenstadt, sondern in allen Stadtteilen umgesetzt werden, um das Sicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern.

Entlastung der Polizeikräfte:

Zur Entlastung der Polizeibeamten sollen mehr Angestellte im Polizeidienst (AiP) ausgebildet und gehalten werden, da die Fluktuation in diesem Bereich hoch ist. Dies ermöglicht es den Polizeibeamten, sich verstärkt auf ihre Kernaufgaben zu konzentrieren.

Bekämpfung der Organisierten Kriminalität:

Die CDU sieht Hamburg aufgrund seines Hafens und der etablierten Rotlichtszene als attraktiven Standort für kriminelle Aktivitäten, insbesondere für Clans und Organisierte Kriminalität. Sie kritisiert die bisherige Unterschätzung dieser Gefahren durch SPD und Grüne und plant, sowohl präventiv als auch repressiv gegen Clankriminalität vorzugehen.

Sicherheit im öffentlichen Raum:

Ein besonderes Augenmerk legt die CDU auf die Sicherheit im öffentlichen Raum, einschließlich des Hauptbahnhofs. Maßnahmen wie die Ausweitung von Waffenverbotszonen und der Einsatz intelligenter Videoüberwachung sollen dazu beitragen, Kriminalität vorzubeugen und das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken.

Mit diesen Maßnahmen strebt die CDU Hamburg an, die Stadt für alle Bürgerinnen und Bürger sicherer zu machen und das Vertrauen in die Sicherheitsbehörden zu stärken.

Die Freie Demokratische Partei (FDP) Hamburg legt in ihrem Programm zur Bürgerschaftswahl 2025 besonderen Wert auf die Stärkung der inneren Sicherheit und die Unterstützung der Polizei.

Personalausstattung und Ausbildung:

Die FDP setzt sich für eine personell und materiell gut ausgestattete Polizei ein, um den vielfältigen Herausforderungen in einer wachsenden Stadt wie Hamburg gerecht zu werden. Sie fordert eine kontinuierliche Personalaufstockung und eine moderne Ausbildung, die den aktuellen Anforderungen entspricht.

Technische Ausstattung und Digitalisierung:

Die Liberalen betonen die Notwendigkeit, die Polizei mit moderner Technik auszustatten. Dazu zählen unter anderem der Einsatz von Bodycams, moderne Kommunikationsmittel und die Nutzung digitaler Technologien zur Verbrechensbekämpfung.

Bürokratieabbau und Entlastung:

Ein weiteres Anliegen der FDP ist der Abbau von Bürokratie innerhalb der Polizeistrukturen. Durch effizientere Verwaltungsprozesse sollen die Beamten von unnötigen Aufgaben entlastet werden, um sich verstärkt ihren Kernaufgaben widmen zu können.

Rechtliche Rahmenbedingungen:

Die FDP spricht sich für klare rechtliche Rahmenbedingungen aus, die den Einsatz moderner Technologien ermöglichen und gleichzeitig die Bürgerrechte wahren. Sie plädiert für eine regelmäßige Überprüfung und Anpassung der gesetzlichen Grundlagen, um den aktuellen Entwicklungen gerecht zu werden.

Mit diesen Positionen strebt die FDP Hamburg an, die Polizei zu stärken, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern und somit die Sicherheit in der Stadt zu erhöhen.

Die Partei DIE LINKE in Hamburg setzt sich in ihrem Programm zur Bürgerschaftswahl 2025 für eine grundlegende Reform der Polizei ein, mit dem Ziel, die öffentliche Sicherheit zu gewährleisten und gleichzeitig Bürgerrechte zu schützen.

Transparenz und Kontrolle:

DIE LINKE fordert die Einführung unabhängiger Beschwerdestellen, um polizeiliches Fehlverhalten effektiv aufzuklären und das Vertrauen der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden zu stärken.

Demokratische Ausrichtung:

Die Partei betont die Notwendigkeit, die Polizei stärker demokratisch zu kontrollieren und ihre Strukturen entsprechend anzupassen, um sicherzustellen, dass sie im Einklang mit den Grundrechten agiert.

Prävention und soziale Maßnahmen:

DIE LINKE setzt auf präventive Maßnahmen und soziale Investitionen, um Kriminalität an der Wurzel zu bekämpfen. Dazu gehören unter anderem der Ausbau von Bildungsangeboten, soziale Unterstützung und Maßnahmen zur Armutsbekämpfung.

Ablehnung von Repression:

Die Partei spricht sich gegen eine Verschärfung von Polizeigesetzen und den Ausbau repressiver Maßnahmen aus, da sie der Ansicht ist, dass diese nicht zu mehr Sicherheit führen, sondern Grundrechte einschränken können.

Mit diesen Positionen strebt DIE LINKE eine Balance zwischen notwendiger Sicherheit und dem Schutz der Bürgerrechte an, indem sie auf Transparenz, demokratische Kontrolle und präventive Maßnahmen setzt. ■



NACHRUF

Klara Oelke, Abschied von einem besonderen Menschen

Mit großer Trauer, aber auch mit tiefem Dank für die gemeinsamen Jahre in und für die GdP müssen wir von Klara Oelke, die am 26. Dezember 2024 im Alter von 81 Jahren von uns gegangen ist, Abschied nehmen.

Jörn Clasen

Ein kurzer Rückblick

Klara wurde in Niedersachsen geboren und wuchs als 12. Kind ihrer Eltern auf. Während ihre Geschwister sich dem kaufmännischen Leben widmeten, kam Klara aufgrund eines Vorschlags ih-

rer Schwester auf die Idee, sich bei der Hamburger Polizei zu bewerben. Anfang Oktober 1968 begann sie ihre Ausbildung und sammelte ihre ersten beruflichen Erfahrungen bei der Weiblichen Polizei (WP) auf St. Pauli. Es folgten viele weitere Stationen mit dem Eindruck, dass sie „immer wieder zur Polizei gehen würde.“

Wirken für die GdP auf vielen Ebenen

Ein Blick auf das Highlight oder die Initialzündung für ihre gewerkschaftliche Arbeit auf Bundesebene setzte sie auf dem 17. GdP-Delegiertenkongress im Oktober 1982. Ihre Forderungen nach stärkerer Einbindung von Frauen in der gewerkschaftlichen Arbeit sowie „Lösungen ihrer vielfältigen Probleme am Arbeitsplatz, gewerkschaftliche und somit praktische Solidarität“ führten in der Folge zur Einführung eines Bundesfrauenausschusses und dem Vorsitz von Klara als erste Bundesfrauenvorsitzende 1983. Ein besonderer Erfolg war 1990 der beschlossene erste Frauenförderplan der GdP. Klara wurde in späterer Zeit Ehrenmitglied der GdP.

„Wir haben mit dem Tod von Klara Oelke eine freundliche und verbindliche, aber sehr zielstrebige Gewerkschafterin verloren, die sich in vielen Bereichen intensiv eingesetzt hat“, stellt Horst Niens, Landesvorsitzender der GdP Hamburg, abschließend fest. „Ihr Engagement wird uns weiter Vorbild sein, in dem Durchsetzen unserer gewerkschaftlichen Ziele nicht nachzulassen. Wir werden Klara nicht vergessen.“ ■



Foto: Marius Hoer



SENIORENARBEIT

Mitgliederversammlung und Seniorenvertretungen

Zwei wichtige Informationen und Themen aus dem Seniorenbereich der GdP Hamburg gibt es heute. Regelmäßig der Hinweis auf unsere monatliche Mitgliederversammlung sowie die Notwendigkeit, Vertreterinnen und Vertreter in die Hamburger Seniorenvertretungen auf Bezirksebene zu entsenden.

Michael Rath

Dienstag, 11. Februar 2025, 15 Uhr, zu Gast: Torsten Voss, Leiter des Hamburgischen Verfassungsschutzes

Unsere nächste Mitgliederversammlung findet am Dienstag, dem 11. Februar 2025 um 15 Uhr in der Kantine des Polizeipräsidiiums statt. Die Kantine hat, wie bisher, bis 15 Uhr geöffnet, zeitgerechtes Kommen sichert ggf. noch eine Tasse Kaffee oder Ähnliches. Bitte denkt auch an Euren Mitgliederausweis für die Einlasskontrolle.

Zu Gast haben wir, wie in der Januar-Ausgabe in Aussicht gestellt, den Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg, Herrn Torsten Voss. Es erwartet uns ein Einblick in die Aufgaben und Arbeit des Verfassungsschutzes unter Einbeziehung aktueller Themen.

Besteht ein Interesse an besonderen Themen oder bestehen besondere Fragestellungen, dann nehmt bitte zuvor für eine entsprechende Vorbereitung Kontakt auf. Sendet Euer Anliegen über die Geschäftsstelle zu meinen Händen oder direkt per E-Mail FBSEnioren@gmx.eu an mich.

Neuaufstellung der Hamburger Seniorenvertretungen

In den Hamburger Bezirken und auch auf Landesebene werden im Frühjahr 2025 die Seniorenvertretungen neu gebildet und gewählt. Der Meldeschluss für die zukünftigen Delegierten der Seniorendelegiertenversammlungen in den sieben Bezirken ist der 17. Februar 2025. Diese gilt es zuvor zu bestimmen. Wir entsenden seitens der GdP als Gewerkschaft jeweils einen Delegierten bzw. Delegierte. Wer Interesse an der Mitwirkung in diesen Gremien hat, möge sich bitte umgehend bei der Geschäftsstelle melden. Stehen ggf. Fragen dazu an, nehmt bitte Kontakt zu uns als Euren Vorstand auf. In der Mitgliederversammlung am 11. Februar werden wir die Kandidaten vorstellen, ggf. eine Wahl durchführen und um Eure Bestätigung ersuchen. Wir freuen uns auf Eure Teilnahme. ■

Hamburgs Seniorenvertretungen – so werden sie gebildet



Herausgeberin: Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Wissenschaft, Forschung, Gleichstellung und Bezirke
Titelfoto: © GlobalStock / Getty Images Signature
Porträtfotos Zitate: © Landes-Seniorenbeirat
Gestaltung & Produktion: [take shape] media design, Markus Schaefer
Druck: VIG Druck & Media GmbH, Hamburg
Stand November 2024

**DP – Deutsche Polizei**
Hamburg

Geschäftsstelle
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
Telefon (040) 280896-0
Telefax (040) 280896-18
gdp-hamburg@gdp.de
www.gdp-hamburg.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle
Montag bis Donnerstag
8.00 bis 16.00 Uhr
Freitag
8.00 bis 14.00 Uhr

Redaktion
Jörn Clasen (V.i.S.d.P.)
Hindenburgstraße 49, 22297 Hamburg
joern.clasen@gdp.de